

Datum: 21.10.2020  
Telefon: 0 233-92437  
Telefax: 0 233-24005

**Gleichstellungsstelle für  
Frauen**

GSt

## **Versorgung mit Schwangerschaftsabbrüchen in München Sitzungsvorlage Nr 20-26 / V01223**

### Stellungnahme der Gleichstellungsstelle für Frauen

Als Gleichstellungsstelle für Frauen befürworten wir das in der Beschlussvorlage dargestellte Vorgehen. Da das Thema Schwangerschaftsabbruch in Deutschland nach wie vor sehr kontrovers und emotional diskutiert wird und sowohl Fragen zu Frauenrechten, Selbstbestimmung, Zugang zu medizinischer Versorgung und Recht auf Information, als auch zu Kinderrechten und zum Schutz des ungeborenen Lebens berührt, ist eine sachliche und fachliche Auseinandersetzung dringend erforderlich. Mit der in der Beschlussvorlage benannten und durch die Fachstelle *Frau und Gesundheit und Gendermedizin* entwickelte und durchgeführte Befragung ist hier ein erster Schritt getan, um auf der Grundlage von aktuellen Daten und sich abzeichnenden Entwicklungen die Versorgungslage und die perspektivischen Bedarfe realistisch einschätzen zu können.

Derzeit scheint die Versorgung in München noch gewährleistet zu sein, jedoch wird durch die Aussagen der Befragten und die erhobenen Daten deutlich, dass es hier vermutlich innerhalb der nächsten Jahre zu Engpässen kommen wird.

Es ist immer äußerst belastend, sich wegen einer Schwangerschaft in einem Konflikt zu befinden. Die Erfahrung zeigt, dass Frauen die Entscheidung für einen Abbruch der Schwangerschaft nicht leichtfertig treffen. Die Gründe für einen Abbruch sind vielfältig und sehr vielschichtig.

Es ist unsere Aufgabe, Frauen in dieser Situation nicht allein zu lassen, sondern sie fachlich fundiert und gut zu begleiten und medizinisch zu versorgen. Hierfür müssen medizinische Angebote in ausreichender Zahl und Qualität zur Verfügung stehen und sie müssen bekannt sein.

Daher unterstützen wir das Vorhaben, einerseits die Situation weiterhin gut im Blick zu behalten und andererseits Austausch und Vernetzung der in diesem Bereich tätigen Fachstellen, Einrichtungen, Ärzt\*innen, etc. zu fördern.

Gleichzeitig müssen jedoch schon heute Maßnahmen und Konzepte entwickelt werden, die den sich abzeichnenden Versorgungsempässen in den kommenden Jahren entgegenwirken können.